

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES FINANZAUSSCHUSSES AM 05.12.2013

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 05.12.2013
Beginn: 18:15 Uhr
Ende: 20:35 Uhr
Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Siegfried Müller

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Andreas Moser

Stadträtin Gertrud Schwab

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadträtin Elvira Kahnt

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Marstaller

2. Bürgermeister Werner May

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadträtin Barbara Wachter

Stadträtin Jutta Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion

Bürgermeister Klaus Christof

UKB-Stadtratsfraktion

Stadtrat Karl-Heinz Schmidt

ödp-Stadtratsgruppe

Stadträtin Andrea Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Franz Böhm

Schriftführer/in

Verwaltungsfachwirt Herbert Müller

Berichterstatter

Bauamtsleiter Oliver Graumann

Oberrechtsrätin Susanne Schmöger

Stadtkämmerer Bernhard Weber

Verwaltungsinspektor Roth

Ziffer 2

Gäste:

Stadträtin Astrid Glos
Stadtrat Wolfgang Popp
Stadträtin Rosmarie Richter
Stadtrat Hans Schardt
Ortssprecherin Anna Schlötter
Ortssprecher Dieter Pfreuzinger

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift des Finanzausschusses vom 08.10.2013

Oberbürgermeister Müller verweist auf die vorliegende Niederschrift vom 08.10.2013 und erkundigt sich nach Fragen.

Stadträtin Dr. Endres-Paul verweist auf die zu genehmigte Sitzung vom 19.09.2013 im vorliegenden Protokoll und möchte wissen, ob die seinerzeit reklamierte Zahl korrigiert wurde.

Protokollführer Müller erklärt, dass er dies prüfen und ggf. ändern werde.

beschlossen dafür 13 dagegen 0

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Finanzausschusses vom 08.10.2013 gilt gemäß Art. 54 Abs. 2 als genehmigt.

2. Zukunft des Schülerhorts in Kitzingen

Verwaltungsinspektor Roth geht ausführlich auf den Sachverhalte ein und verweist auf die Beschlussfassung im Dezember 2012 auf Prüfung verschiedener Standorte (Mühlenpark, Schulsporthalle Deuster), in denen der Hort untergebracht werden könne.

Die Zukunft des Mühlenpark sei gegenwärtig ungewiss und die Entwicklung der Schulsporthalle Deuster steht in engem Zusammenhang mit der Mehrzweckhalle. Im Dezember 2012 sei noch nicht absehbar gewesen, dass beim Umbau der Siedlungsschule durch das Aufbringen eines weiteren Stocks die Möglichkeiten bestehen könnte, ein Raumprogramm für einen Bedarf von 75 Kindern umzusetzen, weshalb die Verwaltung diesen Aspekt nun ebenfalls geprüft habe. Der gegenwärtige Standort in den Marshall Heights, wofür mit Blick auf die Zeitdauer nochmals der Mietvertrag verlängert werden sollte, sei aus Sicht des Trägers ideal jedoch auch mit vielen Unabwägbarkeiten (Erwerb Grundstück, Sanierungsaufwand Schule) behaftet.

Er geht im Folgenden auf alle Möglichkeiten ein und stellt die Vor- und Nachteile der einzelnen Standorte dar. Seiner Auffassung nach sei der Standort „Siedlungsschule“ die idealste Lösung, auch mit Blick auf die Fördermittel, die – sollten die Räumlichkeiten nicht mehr als Hort genutzt und der Schule zur Verfügung stehen – dann nicht zurückgezahlt werden müssten.

Den Bedarf sehe er mit Blick auf die Anmeldungen sowie der allgemeinen Nachfrage von Ganztagsangeboten mit 75 Plätzen als gegeben an.

Stadträtin Wallrapp verweist auf die erheblichen Zuschüsse, die man für den Hort

zahle und auf die Gleichbehandlung gegenüber weiteren Trägern. Sie möchte wissen, wer Träger des zu errichteten Hortes werde.

Verwaltungsinspektor Roth stellt dar, dass das Haus Mariental einen guten Ruf genieße und bereits mit der Grundschule Siedlung sehr eng zusammenarbeite. Grundsätzlich wären sie bereit, den Hort zu den gleichen Konditionen zu betreiben.

Stadträtin Wallrapp möchte wissen, ob mit Blick auf den Bedarf in Kindergärten Plätze für Schulkinder frei seien.

Verwaltungsinspektor Roth erklärt, dass in den Kindergärten lediglich Schulkinder bis zur zweiten Klasse untergebracht werden können und diese bereits am Limit seien. Es herrsche immer mehr die Nachfrage, dass auch Kinder der dritten Klasse nachmittags in den Kindergarten gehen dürfen, was jedoch nicht möglich sei.

Stadträtin Wallrapp verweist auf den Innopark und die Möglichkeit gemeinsam mit dem Eigentümer zu einer Hortlösung an dieser Stelle zu kommen. Der Standort sei für sie mit Blick auf die Betriebe noch sinnvoller als die Marshall Heights.

Verwaltungsinspektor Roth stellt dar, dass es für den Innopark in der Sitzung vom Dezember 2012 keine Mehrheit gab, weshalb die Verwaltung dies nicht weiter geprüft habe.

Stadträtin Dr. Endres-Paul erkundigt sich nach den Außenanlagen im Bereich der Siedlungsschule sowie der geplanten Bauzeit.

Verwaltungsinspektor Roth stellt dar, dass die Außenanlagen im Bereich des „roten Platzes“ umgesetzt werden könnten, hierfür jedoch eine Umgestaltung notwendig sei. Ein erster Bauzeitenplan gehe von einem Einzug im Sommer 2015 aus.

Stadtrat Schmidt ist der Auffassung, dass der Standort an der Siedlungsschule mit Blick auf die enge des Schulstandorte nicht der Richtige sei. Seiner Auffassung nach sei eine Sanierung der Schulsporthalle Deuster die beste Lösung.

Für Stadtrat Moser, der im Grund die Siedlungsschule als geeignet ansieht, könne sich auch die Marshall Heights als Standort vorstellen, vorausgesetzt die Stadt könne eine Teilfläche erwerben.

Als Oberbürgermeister Müller zur Abstimmung aufruft, stellt Bürgermeister Christof den Antrag, die Angelegenheit nach Beratung in den Fraktionen und Gruppen im Stadtrat am 12.12.2013 zu behandeln.

beschlossen dafür 13 dagegen 0

Die Angelegenheit wird in die Fraktionen und Gruppen verwiesen. Die Beschlussfassung erfolgt in der Stadtratssitzung am 12.12.2013.

3. Auftragsvergaben

3.1. Klärwerk Kitzingen - Rechen und Sandwäsche - Elektrotechnik hier: Vergabe

der Ingenieurleistungen nach HOAI 2009

beschlossen dafür 11 dagegen 1

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Auftrag für die Ingenieurleistungen für Elektrotechnik für die Erneuerung der Rechen- und Sandwaschanlage auf dem Klärwerk Kitzingen wird mit einer Honorarsumme von 25.201,98 € brutto gemäß Angebot vom 08.04.2013 an das Ingenieurbüro für Elektrotechnik W. Pfenning, Molkereistraße 6a, 97196 Ochsenfurt, vergeben.

Stadtrat Schmidt gibt zu Protokoll, dass er so lange gegen Auftragsvergaben stimmen werde, bis die Fragen hinsichtlich der HOAI geklärt ist.

3.2. Eigenüberwachung des städtischen Kanalnetzes; Hier: Beschaffung eines mobilen Kamerasystems im Wege einer freihändigen Ausschreibung nach VOL/A (Kenntnisnahme)

Ohne Abstimmung

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass in vorangegangener nichtöffentlicher Sitzung der Auftrag zur Beschaffung eines mobilen Kamerasystems zu einem Preis in Höhe von 22.690,80 € erteilt wurde.

3.3. Licht- und Tonanlage in der Alten Synagoge; hier: Auftragsenerweiterung (Kenntnisnahme)

Ohne Abstimmung

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass in vorangegangener nichtöffentlicher Sitzung der Ursprungsauftrag in Höhe von 114.372,96 EUR für eine Licht- und Tonanlage in der Alten Synagoge um 14.688,84 EUR auf insgesamt 129.061,80 EUR erhöht wurde.

4. Harvey Barracks Vergabe eines Straßennamens / Adresse -conneKT-

Oberbürgermeister Müller verweist auf den Antrag von Herrn Blum für den Bereich der Harvey Barracks den Straßennamen „conneKT“ zu vergeben.

Stadträtin Dr. Endres-Paul warnt davor, Häuser in diesem Bereich mit einer laufenden Nummer zu versehen, weil dies für die Rettungsdienst schwierig zuzuordnen sei.

Stadtrat Schmidt halte den Straßennamen für unglücklich, nachdem für gewöhnlich für Straßennamen historische Bezeichnungen in diesem Bereich oder Persönlichkeiten gewählt wurden. Er könne sich einen Namen vorstellen, der den Flugplatz aufgreift.

Stadträtin Schmidt halte ebenfalls den Straßennamen für unglücklich und verweist auf die FFH-Fläche in diesem Bereich, weshalb sie sich Straßennamen aus der Natur vorstellen könnte.

Oberbürgermeister Müller verweist auf den Antrag von Herr Blum und bittet weitere Vorschläge zu unterlassen.

Bürgermeister Christof möchte wissen, ob das Anmelden bei Einwohnermeldeamt bei dieser Adresse dann möglich sei und verweist auf Schwierigkeiten bei den Anmeldungen von BürgerInnen im Schleifweg, was offenbar seitens des Amtes nicht anerkannt werde.

Oberbürgermeister Müller sagt eine Prüfung zu.

beschlossen **dafür 9 dagegen 3**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Straßen im Gebietsumgriff der „Harvey Barracks“ erhalten die Bezeichnung „**conneKT**“

5. Neugestaltung der Sickershäuser Straße im Bereich Kindergarten St. Vinzenz, hier: Grundsatzbeschluss (Si.Vorlage der SR-Sitzung vom 14.11.13)

Bauamtsleiter Graumann geht anhand des Planes auf die Umgestaltung der Sickershäuser Straße ein.

Stadtrat Moser möchte wissen, wer die Kosten für die Umgestaltung übernehme.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass es sich hierbei um eine Haupteerschließungsstraße handle, weshalb die Kosten entsprechend auf die Anlieger umzulegen sind (Straße 50/50, Gehweg 40/60). Dabei sei die Stadt Kitzingen nicht unwesentlich als Anlieger von den Kosten betroffen.

Bei folgender Diskussion wird im Wesentlichen zu Bedenken gegeben, weshalb diese Planung nicht in der jüngsten Bürgerversammlung in der Siedlung vorgestellt bzw. in einer der Arbeitskreise von Soziale Stadt vorbesprochen wurde.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass bei der Planung auch Grundstücke Dritter involviert seien und zunächst mit den Eigentümern eine Abstimmung erfolgte. Darüber hinaus wollte man zunächst vom politischen Gremium das grundsätzliche Einverständnis holen, bevor es den Bürgerinnen und Bürgern präsentiert werde.

Stadträtin Schwab erklärt, dass der nord-östliche Gehweg bereits bestehe und fragt nach, ob dieser ebenfalls erneuert werde.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass dieser gegebenenfalls noch verwendet werden könne und lediglich die Deckschicht erneuert werden müsse.

beschlossen **dafür 13 dagegen 0**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat stimmt grundsätzlich der Umgestaltung des Teilstücks der Sickershäuser Straße im Bereich Kindergarten St. Vinzenz gemäß beigefügtem Vorentwurf zu.
3. Die Verwaltung wird mit der Erstellung einer Entwurfsplanung beauftragt. Diese ist mit den betroffenen Anliegern, den Fachausschüssen bzw. –behörden, dem Bürgerarbeitskreis sowie dem Landkreis Kitzingen abzustimmen.
4. Die erforderlichen Mittel gem. Kostenschätzung sind im Finanzplan bereitzustellen.
5. Der Stadtrat stimmt einem möglichen Flächentausch, wie unter Punkt 3 des Sachvortrages dargestellt, zu.

**6. Gebührenkalkulation für den Wohnmobilstellplatz der Stadt Kitzingen;
Nachkalkulation 2012
Vorauskalkulation 2013**

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass die Gebühr für den Wohnmobilstellplatz auch mit Blick auf die Konkurrenz lediglich moderat angehoben werden sollte und schlägt eine Erhöhung auf 9,50 € zum 01.01.2015 vor.

Stadträtin Wallrapp hat folgende Fragen bzw. Anmerkungen, die sie geklärt haben möchte:

- Stellplatz war vier Monate nicht nutzbar, weshalb entsprechende Einnahmen fehlen
- Höhe der Leistungen des Bauhof nur aufgrund Errichtung oder jährlich?
- Verwaltungskosten in Höhe von 18.510,00 €?
- Ist bei Reinigung auch das Rot-Weiß-Heim enthalten?

Mit Blick auf die Konkurrenz im Umland spricht sie sich für eine Erhöhung auf 8,00 € aus.

Stadtkämmerer Weber stellt dar, dass die Personalkosten von den betroffenen Abteilungen gemeldet wurden und entsprechend intern verrechnet werden müssen. Bei den Bauhofsleistungen handelt es sich um den jährlichen Pflegeaufwand.

Protokollführer Müller stellt hinsichtlich der Reinigung dar, dass die Kosten für den Wohnmobilstellplatz herausgerechnet wurden und der Aufwand für das Rot-Weiß-Heim nicht enthalten sei.

Nach kurzer Diskussion zu den Fragen bittet Stadträtin Dr. Endres-Paul diese bis zum Stadtrat zu beantworten, so dass die Beschlussfassung in dieser Sitzung erfolgen kann.

Bürgermeister Christof möchte wissen, wie eine Unterdeckung begründet werde.

Oberbürgermeister Müller verweist auf den Beschlusssentwurf, wonach die Unterdeckung aus der Wirtschaftsförderung bezuschusst werde.

Ohne Abstimmung

Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen. Die Beschlussfassung erfolgt in der Stadtratssitzung am 12.12.2013.

7. Budgetierte Einrichtungen des Verwaltungshaushalts

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Sitzung zur Beratung des Vermögenshaushaltes am 19.11.2013 und der Einigkeit, dass nur noch die im Beschlusssentwurf aufgeführten Einrichtungen weiterhin budgetiert sein sollen.

Stadträtin Dr. Endres-Paul könne nicht verstehen, weshalb es sich dabei nur um die kulturellen Einrichtungen handeln soll. Mit der Abschaffung der Budgets gebe man sich ein wichtiges Kontrollinstrument aus der Hand und nehme den Mitarbeitern die Verantwortung. Ihrer Auffassung nach sei es wichtiger, sämtliche Budgets auf realistischer Basis neu zu berechnen.

Stadtrat Schmidt ist der Auffassung, dass auch die Stadtjugendpflege weiterhin budgetiert sein sollte.

Stadträtin Wallrapp stimmt zu, dass verschiedene Budgets zu Pflichtaufgaben, bei denen kein Handlungsspiel bestehe, abgeschafft werden können. Jedoch erkennt sie weitere Einrichtungen (Tourist-Info, Verkehrsüberwachung), bei denen die Budgetierung weiterhin Sinn mache.

Stadtkämmerer Weber stellt dar, dass man mit der Abschaffung der Budgets nicht die Kontrolle aus der Hand gebe und darüber hinaus gleichwohl bei den Einrichtungen auch ohne Budgetierung am Jahresende die Rechnungsergebnisse der Unterabschnitte abgebildet werden können.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, auch die Stadtjugendpflege aufzunehmen, die im Nachgang zur Sitzung der Haushaltsberatungen bereits Bereitschaft signalisiert habe, weiterhin budgetiert zu bleiben. Ansonsten wundere er sich, dass nun über weitere Einrichtungen diskutiert werde, obwohl in der seinerzeitigen Sitzung Einigkeit zu den genannten Einrichtungen bestand.

abgelehnt **dafür 6 dagegen 7**

1. Der Stadtrat beschließt ab dem Haushaltsjahr 2014 folgende Budgets:

- Alte Synagoge, UA 3009
- Städtisches Archiv, UA 3111
- Städtisches Museum, UA 3200
- Musikschule, UA 3331
- Volkshochschule, UA 3501
- Stadtbücherei, UA 3521
- Jugendpflege Jungstil, UA 4605

Die Budgetverantwortlichen erstellen ab dem Haushaltsjahr 2014 (für 2014 bis zum 15.01.2014) jährlich eine Budgetplanung, aus der ersichtlich ist, welche inhaltlichen und welche wirtschaftlichen Ziele im Haushaltsjahr verfolgt werden.

Diese Zielsetzungen sind mit dem jährlichen Beschlussentwurf für das zu gewährende Budget vorzulegen und zu erläutern. Über die Kostenentwicklung des Budgets wird mit der Vorlage der Budgetabrechnung, unabhängig von der Höhe des Übertrages der Stadtrat umfassend informiert.

2. Folgende Einrichtungen werden ab dem Haushaltsjahr 2014 nicht mehr als Budgets geführt:

- Standesamt, UA 0501
- EDV, UA 0601
- Verkehrsüberwachung (Parkplätze/Parkscheinautomaten), UA 1122 und 6815
- Feuerwehren, UA 1300
- Schulen Betriebskosten, UA 2111, 2112, 2121, 2122, 2431
- Sportanlagen, UA 2140, 2141, 5601, 5602, 5603, 5651, 5652
- Heimat- und Kulturpflege, UA 3400

- Straßen, Wege, Plätze etc., UA 5800, 5921, 5931, 6300, 6500, 6600, 6709, 6751, 6752, 6900, 7850
- Abwasserbeseitigung, UA 7000, 7002, 7006, 7146, 7189
- Friedhöfe, UA 7510, 7511, 7512, 7513, 7514, 7515, 7516
- Sonstige öffentliche Einrichtungen, UA 7600, 7690, 7691, 7692, 7693
- Touristinformation, UA 7901
- Forstbetrieb, UA 8551
- Wohn- und Geschäftsgrundstücke, UA 8801
- Sonstiges allgemeines Grundvermögen, UA 8891
- Stadtgärtnerei, UA 5821
- Bauhof, 7711

Bei vorgenannten Einrichtungen ist der Einfluss der Verantwortlichen auf die Höhe der Einnahmen stark begrenzt.

Die Entwicklung der Ausgaben ist auch bei vorgenannten Einrichtungen im Rahmen der Haushaltsüberwachung zu kontrollieren.

3. Die Beträge für den Sachaufwand der Schulen:

- St Hedwig-Schule, UA 2111
- Grundschule Siedlung, UA 2112
- D Paul-Eber-Schule, UA 2121
- Mittelschule Siedlung, UA 2122
- Wirtschaftsschule, UA 2431

werden weiterhin mit den Basissätzen gemäß Stadtratsbeschluss vom 16.03.2011 ermittelt.

Festgelegte Basissätze: 65,00 Euro/Kind Grundschule

116,00 Euro/Kind Mittel- und Wirtschaftsschule

8. Investitionsförderung zum Betrieb eines Sonderlandeplatzes in Kitzingen

Oberbürgermeister Müller geht ausführlich auf den Sachverhalt ein. Durch die Investitionsförderung und der anschließenden vertraglichen Absicherung würde der LSC über 10 Jahre den Sonderlandeplatz betreiben. Insofern sei die Stadt Kitzingen im Betrieb Außen vor und spare sich die Betriebskosten. Eine Auszahlung des Betrages erfolge jedoch erst wenn die luftfahrtrechtliche Genehmigung vorliege sowie der Vertrag ausgehandelt sei.

Bürgermeister Christof stellt dar, dass noch viele Prüfungen vorgenommen werden müssen und verweist auf die Aspekte „Lärm“ und „Umwelt“. Darüber hinaus seien die

Berechnungen zu prüfen, die sich nochmals von der der Stadt Kitzingen vorliegende Kalkulation der Firma CDM unterscheidet. Er gibt zu bedenken, dass das Genehmigungsverfahren nochmals komplett durchlaufen werden müsse. Außerdem bittet er um Klärung, ob die gezielte Förderung eines Betriebes mit dem EU-Recht vereinbar sei.

Oberbürgermeister Müller erklärt hinsichtlich des Verfahrens, dass dies nicht nochmals von vorne begonnen werden müsse, sondern in einem verkürzten Verfahren durchgeführt werden könne.

Oberrechtsrätin Schmöger stellt dar, dass der Beschluss gegenwärtig dafür diene, die Mittel in den Haushalt einzustellen. Es haben bislang noch keine Prüfungen und Verhandlungen stattgefunden.

Auf die Bedenken, dass man mit der Einstellung in den Haushalt Fakten schaffe, stellt Stadtkämmerer Weber dar, dass der Haushalt keine Außenwirkung haben und sich darauf kein Recht abgeleitet werden könne.

beschlossen dafür 11 dagegen 2

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Stadt Kitzingen fördert das Infrastrukturprojekt Sonderlandeplatz Kitzingen mit einem einmaligen Förderbetrag in Höhe von max. 300.000 €. Dieser ist in den Haushalt 2014 einzustellen.
2. Die Kosten sind mit entsprechenden Rechnungen durch den Betreiber bzw. den Eigentümer zu belegen.
3. Ein jährlicher Betriebskostenzuschuss wird nicht gewährt.
4. Der luftrechtliche Genehmigungsantrag der Stadt wird freigegeben.

9. Vermögensnachweis 2012

Ohne Abstimmung

Vom Ergebnis des Vermögensnachweises 2012 wird gem. Art. 102 GO i.V.m. §§ 76, 77 und 81 KommHV-Kameralistik Kenntnis genommen.

Vermögen zum Jahresabschluss 2012:

1. Vermögen nach § 77 Abs. 2 Nr. 1, § 81 Abs. 1 und § 76 KommHV-Kameralistik
 - 1.1 Forderungen aus Geldanlagen (Allgemeine Rücklage) 8.305.369,00 €
 - 1.2 Forderungen aus Darlehen 11.867.230,71 €
 - 1.3 Beteiligungen 141.698,14 €
(daneben 5,4 % Anteil aus Kommunalen Trägerschaft für Sparkasse Mainfranken Würzburg und 4,69 % Anteil an

der Giltholzgemeinschaft)

1.4 Anlagevermögen kostenrechner sowie anderer Einrichtungen (Restbuchwerte lt. Anlagennachweise)	<u>53.396.221,87 €</u>
Summe:	<u>73.710.519,72 €</u>

2. Schulden und Rücklagen nach § 77 Abs. 2 Nr. 2, § 81 Abs. 2 KommHV-Kameralistik

2.1 Schulden aus Krediten	12.449,727,14 €
2.2 Allgemeine Rücklage	10.649.422,19 €

Nachrichtlich:

A) Das Bestandsverzeichnis nach § 75 Abs. 1 KommHV-Kameralistik wurde für das bewegliche Vermögen sowie für die Grundstücke erstellt.

Zum 31.12.2012 betrug die Grundstücksfläche 8.288.939 m².

Der Bodenwert der bebauten und unbebauten Grundstücke

betrug zum 31.12.2012	51.776.355,99 €
davon im Anlagennachweis erfasst:	<u>- 9.771.839,43 €</u>
Differenz:	42.004.516,56 €

Das Bestandsverzeichnis erfasst sämtliche Grundstücke der Stadt Kitzingen, der Anlagennachweis nur einen Teil der Grundstücke. Daher wurde der im Bestandsverzeichnis enthaltene Bodenwert bereinigt.

B) Bürgschaften:

Der Stand der von der Stadt Kitzingen übernommenen Bürgschaften betrug zum 31.12.2012:

für die Kitzinger BauGmbH	933.847,38 €
für die Stadtbetriebe Kitzingen GmbH	383.469,09 €
für die Stiftung Kulturzentrum Fasching-Fastnacht-Karneval-Kitzingen	<u>354.000,00 €</u>
Summe:	<u>1.671.316,47 €</u>

Zusätzlich bestehen je eine Bürgschaft zugunsten der Kitzinger BauGmbH und der Stadtbetriebe GmbH für die Zusatzversorgung bei der Bayer. Versicherungs-

kammer, die der Höhe nach nicht beziffert werden kann.

C) Sicherheiten zugunsten Dritter:

Am Erbbaurecht an den Grundstücken Karlsbader Str. 6 und 8 wurden Grundschulden bestellt, der Stand zum 31.12.2012 betrug: 700.000,00 €

D) Zu Beginn des Haushaltsjahres betrug die Allgemeine Rücklage 8.305.369,00 €, zum Jahresabschluss waren es 10.649.422,19 €.

Zum 31.12.2012 waren Gelder in Höhe von 8.305.369,00 € zinsbringend angelegt, durch den Jahresabschluss konnte eine Zuführung an die Rücklage in Höhe von 2.344.053,19 € erfolgen, welche als Innerer Kassenkredit ausgewiesen wurde.

E) Die Anlagenachweise erfassen die kostenrechnenden Einrichtungen "Abwasserbe-
seitigung" und "Städtische Friedhöfe".

Daneben sind weitere Einrichtungen enthalten:

EDV-Ausstattung, Schülerbeförderung, Städtisches Archiv, Städtisches Museum, Städtische Musikschule, Kleingärten Eselsberg, Stadtgärtnerei, Photovoltaikanlage,
Städt. Bauhof, Wohnmobilstellplatz, Schiffsanlegestelle, Wohngrundstücke, Obdachlosenunterkünfte.

Neu aufgenommen wurde die D. Paul-Eber-Schule, außerdem wurde die Erweiterung des Wohnmobilstellplatzes eingearbeitet.

**10. Beteiligung als Nachbargemeinde;
hier: Gemeinde Buchbrunn: 4. Änderung des Bebauungsplans "Gärten" - Verfahren nach § 4 Abs. 2 BauGB**

Oberbürgermeister Müller verweist kurz auf den Sachvortrag und bittet diesen heute nur zur Kenntnis zu nehmen, die Entscheidung erfolgt in der Stadtratssitzung am 12.12.13.

Ohne Abstimmung

Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen. Die Beschlussfassung erfolgt in der Stadtratssitzung am 12.12.2013.

Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20:35 Uhr.

Der Vorsitzende

Siegfried Müller
Oberbürgermeister

Der Schriftführer

Herbert Müller
Verwaltungsfachwirt